Die Revolution 1848/49 im Königreich Württemberg

Klaus Jürgen Herrmann

Die Befreiungskriege gegen Napoleon hatten zu einer Bewegung geführt, die die deutsche Einheit in einem verfaßten Staat forderte. Die politischen Gegebenheiten waren aber stärker: Der österreichische Staatskanzler Metternich setzte sich mit seinem System eines „Deutschen Bundes" durch, in dem souveräne deutsche Einzelstaaten erhalten blieben. Sein spätabsolutistisches System – beruhend auf Bespitzelung und Repression vor allem gegen Andersdenkende – beherrschte bis 1848 fast ganz Europa, sieht man einmal von Frankreich, Großbritannien und der neutralen Schweiz ab. Im Deutschen Bund waren die Garanten des Metternichschen Systems vor allem Preußen und Österreich. Seit den Karlsbader Beschlüßen von 1819 (Abschaffung der Pressefreiheit, Abschaffung der bis dahin gültigen Verfassungen) mußten auch die kleineren Mittelstaaten – darunter das Königreich Württemberg – dieses Metternichsche System akzeptieren, obwohl die württembergische Verfassung von 1819 – frei ausgehandelt zwischen den altständischen Kreisen und Anhängern einer konstitutionellen Monarchie – mit die „freisinnigste der damaligen Verfassungen deutscher Länder" (Weller, Württembergische Geschichte 225) gewesen war. In den dreißiger Jahren begannen sich in Württemberg die Altliberalen wie Uhland und Römer enttäuscht von der Politik zurückzuziehen, man glaubte nicht mehr an eine liberale Epoche in Deutschland. Um 1845 wandelte sich dann die Lage: Große Mißernten in den Jahren 1846 und 1847 bewirkten Hungeraufstände, etwa in Stuttgart und Ulm. Bereits im Januar 1848 – also noch vor der Februar-Revolution in Frankreich – begannen im Königreich Unruhen. Versammlungen im ganzen Land stellten Forderungskataloge auf, in denen Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit und ein gemeinsames deutsches Parlament verlangt wurden. Im März 1848 berief König Wilhelm von Württemberg das sogenannte liberale „Märzministerium" und setzte das freizügige Pressegesetz von 1817 wieder in Kraft.

Der neue Bundestag in Frankfurt ordnete die Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung für ganz Deutschland an. Von den 586 Abgeordneten der Nationalversammlung wurden für das Königreich Württemberg 28 gewählt. Die Mehrzahl dieser gewählten württembergischen Abgeordneten schloß sich in der Paulskirche in Frankfurt a. M. dem linken Spektrum, dem republikanischen Flügel, an. Die Arbeit im Frankfurter Parlament begann mit der Festlegung der Grundrechte, „die eine Wiederkehr des Polizeistaates verhindern sollten. Württemberg anerkannte sie im Januar 1849 als erster Einzelstaat" (Weller, Württembergische Geschichte 236). Als die Nationalversammlung in Frankfurt mit kleinster Mehrheit im März 1849 dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. das Erbkaisertum unter Ausschluß Österreichs anbot und dieser ablehnte, wurde die Lage explosiv. Württemberg erkannte die neue Reichsverfassung – auch ohne Kaiser – zwar sofort an und ersparte sich so blutige Aufstände wie in Sachsen, Baden und der Pfalz. Als sich infolge heilloser Zerstrittenheit das erste frei gewählte deutsche Parlament in Frankfurt aufzulösen begann, zog die demokratische Linke – noch knapp ein Fünftel der Abgeordneten – nach Stuttgart um und tagte dort als Rumpfparlament weiter. Als man aber immer weitergehendere Be-

schlüße faßte, zum allgemeinen Steuerstreik und Aufstand gegen die herrschenden Regierungen in den einzelnen deutschen Länder aufrief, wurde das Parlament von der württembergischen Regierung unter dem liberalen Römer gesprengt und nach Hause geschickt. Die darauffolgenden Aufstände in der Pfalz und in Baden schlugen preußische Truppen nieder. Im August 1849 unterlagen die gemäßigten Konservativen jedoch bei der Wahl zu einer neuen verfassungsgebenden Landesversammlung in Württemberg den Radikalen. Das liberale Kabinett Römer mußte gehen und wurde durch ein Fachministerium, ein sogenanntes Beamtenministerium ersetzt. Nachdem dessen Verfassungsentwurf von den Radikalen in Grund und Boden gestimmt worden war, löste König Wilhelm auch dieses Parlament auf. Die zweite Landesversammlung im Juli 1850 und die dritte im November 1850 scheiterten ebenfalls an der Mehrheit der Radikalen. Der König beschloß deshalb Neuwahlen für das Jahr 1851 nach dem alten Recht von 1819, also wieder Einführung einer Kammer der Standesherren und der Zweiten Kammer der Abgeordneten. Der nun wieder von den alten Gewalten in Frankfurt beherrschte Bundestag der deutschen Einzelstaaten hob im übrigen im August 1851 die vom Paulskirchenparlament eingeführten Grundrechte auf, eine Aufhebung, der auch der neue württembergische Landtag zustimmte. „Viele Errungenschaften wurden abgebaut, manche blieben für dauernd: die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, die Abschaffung der körperlichen Züchtigung, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Möglichkeit der Zivilehe, Geschworenengerichte, Abschluß der Bauernbefreiung und die Bildung moderner Parteien. Von demokratischer Freiheit konnte aber keine Rede mehr sein. Die Frage, wie die deutsche Nation zur politischen Einheit gelangen sollte, blieb unbeantwortet“ (Weller, Württembergische Geschichte 227).

Der Schultes von Gmünd muß zurücktreten und der Gemeinderat wird neu gewählt

1847 war wie in ganz Deutschland auch in Gmünd ein Hungerjahr; der Hunger und die Teuerungskrisen der Jahre 1845 bis 1847 waren nicht zuletzt eine Folge der sich in Europa ausbreitenden Kartoffelfäule. Im Jahr 1847 verteuerte sich auch der Brotpreis in Gmünd um ein Drittel. Die Stadtverwaltung mußte eine besondere Brotunterstützungskasse einrichten, um die Preise regulieren zu können (Gmünd, Gewerbearchiv Nr. 625). Es waren im übrigen auch schlechte Zeiten für Handwerker und „Häuslebesitzer“: Die Gantverfahren – also Konkursverfahren – häuften sich. Oft werden mehr als 20 Versteigerungen pro Nummer im Remstalboten annonciert; als Folge dieser Krise stiegen die Auswanderungszahlen nach Amerika an. Die Auswanderungswelle erlebte in der zweiten Hälfte der 1840er Jahre, die den Namen der „hungry forties“ – der „hungrigen Vierziger“ – in Amerika erhalten haben, ihren ersten Höhepunkt.

Am 25. Februar 1848 hatte König Louis Philipp von Frankreich nach Unruhen wegen einer mißglückten Wahlrechtsreform auf seinen Thron verzichten müssen und war nach England ins Exil gegangen. Die Unruhen griffen noch im Februar auf Württemberg über; schon am 1. März 1848 wurde – um blutigen Ausschreitungen vorzubeugen – in Württemberg die Zensur aufgehoben und das Gesetz über die Pressefreiheit von 1817 wieder in Kraft gesetzt. In Gmünd tagte eben zu dieser Zeit jeden Mittwoch und Samstag der „Bürgerverein“: Herausragende Redner dort waren der Industrielle Eduard Forster und der Rechtskonsulent Karl Wolff, die in ihren Ansprachen für ein vereintes Deutschland eintraten. In Berlin jubelte das Volk am 18. März 1848 ebenfalls über die in Preußen eingeführte Pressefreiheit: Da lösten sich plötzlich zwei Schüsse und der Straßenkampf begann. In denselben Tagen erfolgte in Gmünd friedlich die Vereidigung des anwesenden Militärs auf die neue württembergische Verfassung. Aber lediglich das Zuchthauskommando in Gotteszell konnte vereidigt werden,

da die Artillerie noch nicht im Schießtal eingetroffen war. In eben diesen Märztagen traten alle Stadtratsmitglieder, die bis dahin lebenslang ihre Ämter verwaltet hatten, kollektiv zurück: Sie wollten frei gewählten Nachfolgern Platz machen. Es bildete sich eine Deputation bestehend aus dem Wachszieher Alexander Herlikófer, dem Fabrikanten Karl Roell und dem Schulpfleger Wilhelm Mühleisen, die den Stadtschultheißen Franz Josef Steinhäuser zum Rücktritt aufforderten, einer Aufforderung, die der Stadtschultheiß auch tatsächlich nachkam. Die Neuwahl des Gmünder Stadtrates fand am 4. und 5. April 1848 statt, nachdem jeder Kandidat sich vorher bereiterklärt hatte, nach Ablauf seiner Amtszeit zurückzutreten, also nicht mehr lebenslang im Amt zu bleiben. Es wurde eine allgemeine und freie Wahl, aber sie war dennoch eingeschränkt: Lohnabhängige durften nämlich nicht wählen, d. h. alle Arbeiter und Angestellten, nicht aber die Beamten, waren von der Wahl ausgeschlossen. (Buhl erzielte mit 396 das drittbeste Ergebnis, Eduard Forster kam mit 208 Stimmen auf Platz 8. Die meisten Stimmen bei der Stadtratswahl erhielt Nikolaus Wolff, Ökonom, der spätere Landtagsabgeordnete. Insgesamt hatten 592 Personen ihre Stimmen abgegeben.)

In Gmünd konstituiert sich ein „Vaterländischer Verein"

Die Stelle des verdrängten Stadtschultheißen Steinhäuser übernahm interimistisch Eduard Forster. Um die Errungenschaft der Revolution zu sichern, plante man die Aufstellung einer Bürgergarde und die Gründung einer Gewehrfabrik.

Ein Ereignis von besonderer Bedeutung war eine Volksversammlung am 26. März 1848 in Göppingen, in der Dr. Johannes Scherr aus Rechberg-Hinterweiler die Aufstände in Berlin und Wien im Sinne einer demokratischen Entwicklung für Deutschland lobte. Unter dem Eindruck dieser Rede fand am 10. April 1848 unter dem Vorsitz von Johannes Buhl im Rotochsen-Keller (heute: Taubentalstraße Nr. 7) eine Versammlung von 400 bis 500 Personen statt, bei der sich ein „Vaterländischer Verein" konstituierte, der für eine konstitutionelle Monarchie in Württemberg votierte. Fürsprecher im neuen Verein wurde der Rechtskonsulent Wolff, Vorstand der Fabrikant Eduard Forster. In Alfdorf wird nun Pfarrer Gustav Gottlob Scholl aktiv: Auch er forderte lokale vaterländische Ortsvereine und schimpfte besonders auf die beleidigende Beamtenhierachie und die „jämmerliche Selbstsucht aller Kreise" in diesem herrschenden „Verdummungssystem". Bei der Wahl zur Nationalversammlung in Frankfurt a. M. am 25. bis 27. April 1848 unterlag Forster allerdings dem Redakteur Dr. Gottlob Tafel aus Welzheim. Wegen Beteiligung an der Burschenschaft wird Tafel später nach langer Untersuchungszeit 1851 auf dem Hohenasperg zu 2½ Jahre Festung verurteilt werden, dann aber begnadigt.

Der „Vaterländische Verein" spaltet sich.
Forster: „Ich bin durch und durch Republikaner"

Die Landtagswahlen am 18. und 19. Mai 1848 aber gewann Forster in Gmünd, Scherr in Geislingen, Rechtskonsulent Wolff in Cannstatt. Das war der Höhepunkt der Revolution von 1848: Von nun an ging es – aus heutiger Sicht – langsam bergab. Am 15. Juli 1848 gab Eduard Forster seine Stelle als Schultheißenverweser auf: Das hing nicht unwesentlich mit der Spaltung des Vaterländischen Vereins zusammen. Dort war man nach einer stürmischen Debatte, ob Volkssouveränität oder konstitutionelle Monarchie, in Unfrieden auseinandergegangen. Die Konstitutionellen traten aus dem Verein aus, der evangelische Stadtpfarrer Karl Friedrich Hermann Wagner legte seinen Vorstandsitz nieder. (Karl Friedrich Hermann Wagner, geb. 1804 in Stuttgart, seit 1831 evangelischer Stadtpfarrer und Garnisonpfarrer in

Dieses Blatt erscheint wöchentlich dreimal, je am Montag, Mittwoch und Samstag und kostet vierteljährlich 24 Kreuzer; Einrückungs-Gebühr $1\frac{1}{2}$ Kreuzer die gespaltene Zeile oder deren Raum.



Bestellungen können fortwährend bei de: Redaktion und der betreffenden Boten gemacht werden. — Inserate, welche im nächsten Blatt erscheinen sollen, müssen Tagś zuvor bis 12 Uhr übergeben sein.

für

freie Bürger zu Berg und Thal.

Nro. 2. **Montag den 5. März** **1849.**

An meine Mitbürger in Stadt und Land.

Vom Abgeordneten Forster.

Es ist nicht entfernt meine Absicht, auf mehrere Schmähartikel, welche in jüngster Zeit im Amtsblatte gegen mich und meine Freunde erschienen, zu antworten. Solche Ausfälle richten sich selbst und der ehrenhafte Mann, im Gefühle seines redlichen Strebens, kann sie getrost dem Urtheile der öffentlichen Meinung überlassen. Mich werden in den Tiefen der Erde, wie die Eule sich in ihr dunkles Nest verkriecht, wenn das Morgenroth den Anbruch des Tages verkündet.

So war es in den Frühlingstagen des vorigen Jahres, so war es in den weitern, wie in den engeren Kreisen des deutschen Vaterlandes. Die Finsterlinge, die Unterdrücker, die Plagegeister des gutmüthigen Volkes, sie waren niedergeschmettert durch das hell aufgehende Licht des Volksgeistes, durch die Flamme der Freiheit, die aller patriotischen Männer Herzen erwärmte, die aber

Die zweite Ausgabe des Märzspiegels vom 5. März 1849

Gmünd, Hausgeistlicher in Gotteszell, Vorstand der Taubstummen- und Blindenanstalt, gest. 1872). Eduard Forster bekannte daraufhin in einer Rede im Gasthof Kreuz öffentlich: „daß ich durch und durch Republikaner bin."

Am 4. Oktober gründete Stadtpfarrer Wagner daraufhin einen „neuen" vaterländischen Verein, der heftig den „alten" Volksverein und Forster attackierte. Der politische Redakteur und Herausgeber des Remstalboten Josef Keller schoß sich nun mehr und mehr auf Forster und sein „republikanisches Programm" ein. Um ein eigenes Presseorgan zu haben, gab Forster in Gmünd eine eigene Zeitung heraus. Am 3. März 1849 erschien zum ersten Mal „Der Märzspiegel für freie Bürger zu Berg und Tal". Im Vorwort gab Forster klar seine Ideologie zu erkennen: Man schreibe und kämpfe für alle Mitglieder der Volks- und Märzvereine, die sich offen der linken, also der republikanischen Seite anschlößen.

Am 28. März 1849 fand in Frankfurt die Kaiserwahl statt: Mit 290 Stimmen wurde König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum erblichen Kaiser von Deutschland gewählt; 248 Abgeordnete hatten sich der Abstimmung enthalten, darunter auch der Gmünder Abgeordnete Dr. Gottlob Tafel. In der Folgezeit gewann die Frage an Bedeutung, ob die einzelnen deutschen Staaten die ebenfalls verabschiedete Reichsverfassung anerkennen würden: Zumindest Württemberg tat sich mit diesem Schritt nicht schwer. In Sachsen, in Baden und in der Rheinpfalz brachen dagegen Aufstände aus. In Gmünd machten sich Eduard Forster und vor allem Johannes Buhl für die Reichsverfassung stark: 90 junge Männer waren bereit mit

ihrem Führer Buhl gegen alle „Revanchisten" zu Felde zu ziehen, und wie es blumig hieß, mit ihrem Blut die Verfassung zu verteidigen. Gmünder Frauen sammelten oder gaben Schmuck für die Bewaffnung der Männer.

Am 28. Mai 1849 trat in Reutlingen eine Versammlung von Gemeindekollegien, Volksvereinen, Bürgerwehren und Soldaten mit dem Ziel der Anerkennung eines Bündnisses mit dem revolutionären Baden zusammen und der Forderung der Zurückberufung württembergischer Truppen aus den Angriffstellungen gegen Baden. Der Gmünder „Märzspiegel" unterstützte diese Forderungen unter dem Motto „Vereinigt Euch gegen den Feind!"

Im Juni wich das Frankfurter Parlament nach Stuttgart aus und zwar nur noch ein Fünftel der Abgeordneten, die alle dem linken Lager zuzurechnen waren. Am 18. Juni 1849 wurde dieses Stuttgarter „Rumpfparlament" durch württembergisches Militär gesprengt: Die württembergische Abgeordnetenkammer billigte dieses Vorgehen der liberalen Regierung Römer mit 54 gegen 31 Stimmen. Dagegen stimmte unter anderen auch Forster mit dem klassischen Ausspruch: „Der Gewaltstreich des Ministeriums Römer und der heutige Kammerbeschluß werden dem Fluche der deutschen Nation und dem Verdammungsurteil der Geschichte nicht entgehen. Ich verwahre mich feierlich vor jeder Teilnahme an diesen unglückseligen Handlungen und sage: Nein!"

In Schwäbisch Gmünd organisierte der Märzspiegel eine Kampagne gegen diesen sogenannten Gewaltstreich, dem sich auch Frauen und Jungfrauen anschlossen. Es hat sich übrigens im Staatsarchiv Ludwigsburg eine Akte erhalten, die unter dem Titel „Tumulte in Schwäbisch Gmünd im Frühjahr 1849" firmiert und auf die mich dankenswerterweise Frau Dr. Krause-Schmidt aufmerksam gemacht hat. Einziger Inhalt: Das Monieren sogenannter patriotischer Lieder, die die Gmünder gesungen haben, darunter wahrscheinlich auch das berühmt-berüchtigte Heckerlied. [Friedrich Karl Franz Hecker war – wie sie alle wissen – jener Mann, der im April 1848 den badischen Aufstand mit seinen Revolutionären angeführt hatte. Friedrich Karl Franz Hecker, radikaler Demokrat, organisierte nach der Februarrevolution in Frankreich die badische Revolution, organisierte im März 1848 mit seinen Anhängern eine Volkserhebung an der schweizerischen Grenze, fiel am 12. April 1848 von Konstanz aus mit einer Schar von bewaffneten Anhängern in das badische Oberland ein; Schlacht bei Kandern mit den regulären badischen Truppen am 20. April: Nach kurzem Gefecht ziehen sich die Aufständischen zurück, der Befehlshaber der badischen Truppen Friedrich von Gagern fallt, Hecker setzte sich in die Schweiz ab, zerstritten mit anderen republikanischen Führern wanderte Hecker nach den USA aus und bewirtschaftete eine Farm bei Illinois, kehrte im Mai 1849 von der revolutionären badischen Regierung gerufen im Juli 1849 mit einigen amerikanischen Offizieren nach Europa zurück, kam aber nur bis Straßburg, da inzwischen in Baden der Aufstand niedergeschlagen worden war, kehrte nach Amerika zurück und lebte zurückgezogen auf seiner Farm; im amerikanischen Bürgerkrieg 1861 bis 1865 kämpfte er auf der Seite der Union gegen die Südstaaten. Schwenkte später um, feierte das neue Kaiserreich nach 1871 emphatisch, kam 1872 nach Deutschland. Und ganz interessant der Eintrag im Meyers Konversationslexikon von 1887, über diesen Besuch: „... und wenn er sich auch bei einem Besuch Deutschlands im Sommer 1873 mit den hier waltenden Verhältnissen nicht ganz befreunden konnte, gehörte er doch in Amerika zu den eifrigsten Verfechtern geistiger Freiheit gegen ultramontane Herrschsucht". Hecker starb am 24. März 1881 in St. Louis.]

Aber vielleicht ist es auch heute einmal nach 150 Jahren ganz interessant, den Text dieses Hecker-Liedes zu erfahren, da es wirklich sehr martialisch klingt, uns Heutigen fast unbekannt ist, das Lied in der untergegangenen DDR aber noch bis 1990 zum gängigen Liedgut der FDJ gehörte:

Wenn die Roten fragen
lebet Hecker noch,
Sollt Ihr Ihnen sagen
Ja, er lebet hoch!
Nicht an einem Baume,
Nicht an einem Strick
Sondern an dem Traume
Der roten Republik
Gebet nur Ihr Großen,
Euren Purpur her
Das gibt rote Hosen
Für der Freiheit Heer
33 Jahre währt die Sauerei
(gemeint ist 1815, Wiener Kongreß)
Wir sind keine Knechte,
Wir sind alle frei

Wenn in Flammen stehen
Kirche, Schul und Staat,
Kasernen untergehen
Dann blüht unsere Saat
An dem Darm der Pfaffen
Hängt der Edelmann
Laßt ihn dran erschlaffen
Hängt ihn drauf und dran
Schmiert die Guillotine
Mit Tyrannenfett
Reißt die Konkubine
Aus des Fürsten Bett
Fürstenblut muß fließen
Fließen stiefeldick
Und daraus ersprießen
Die Rote Republik
33 Jahre währt die Knechtschaft schon,
nieder mit den Hunden von der Reaktion

In Gmünd herrscht „Anarchie"

Auch die Landbevölkerung Gmünds sollte durch Unterschriftenlisten von den Anhängern Forsters und Buhls dazu gebracht werden, die Nationalversammlung in Stuttgart zu unterstützen. Die Spannung war mehr als aufgeladen, als am 13. Juni 1849 ein Artikel im Remstalboten erschien, der davor warnte, diese Forstersche Unterstützungsliste zu unterschreiben und das Stuttgarter Winkelparlament zu unterstützen. Das alles sei nur ein durchsichtiges politisches Manöver des Herrn Forster, dem man nicht trauen dürfe. Im vergangenen Frühjahr habe er sich die Wählerstimmen damit erschlichen, daß er sich als Monarchist ausgegeben habe und nur einige Monate später habe er sich dann als Republikaner geoutet. Man solle der württembergischen Regierung vertrauen und nicht Forster. Der Artikel war nicht unterzeichnet, löste aber in Gmünd eine mittlere Katastrophe aus: Die Anhänger Forsters bestürmten den Redakteur Josef Keller, den Namen des „Verfassers" dieses Artikels preiszugeben, d. h. zuerst wollten sie ihn wahrscheinlich lynchen. Keller mußte sich von 21 Uhr bis 4 Uhr morgens im Gebälk des Daches unter den Ziegeln im Haus einer Witwe in Gmünd verstecken, während der enragierte Pöbel in das Haus mit Gewalt eindrang und alles kurz und klein schlug. Im Morgengrauen konnte Keller flüchten und wollte über Straßdorf entkommen. Dort wurde er von der verfolgenden Meute gestellt und mußte in einem Bauernhaus Zuflucht nehmen; verzweifelt bat er den Oberamtmann um Hilfe. Schließlich willigte Keller ein, nach Gmünd zurückzukehren, wenn sich die Leute zerstreuen würden: Das geschah. Als er aber in die Stadt zurückkehrte, versammelten sich alle wieder und der Andrang wurde immer größer. Die gesamte Bevölkerung strömte zusammen. Vergebens beschwor der Oberamtmann Liebherr (Johann Baptist Liebherr, Oberamtmann in Gmünd von 1845 bis 1851, geb. 1809 in Scheer) vom Balkon des Rathauses die Menge, nach Hause zu gehen, er drohte mit der Bürgerwehr und sogar mit dem Militär. Er wurde ausgepfiffen und ausgelacht und zur Drohung mit dem Militär schrie man: „Bis das Militär kommt, ist kein Fetzen mehr an Keller." Die Menge drang in den Rathaussaal ein, wo inzwischen der Redakteur eine schriftliche Erklärung unterzeichnet hatte, daß er den Einsender des Artikels nicht nennen und die ganze Verantwortung auf sich nehmen werde. Der Volkszorn kochte über: Man



Eduard Forster (1811–1872)



Johann Buhl (1804–1882)

packte Keller und versuchte den sich an einer Brüstung festklammernden aus dem Fenster auf die Straße zu werfen. Da versprach Keller den Namen zu nennen, aber nur wenn man den Mann in Ruhe ließe. Die Menge willigte ein und Keller nannte den Namen, den keiner erwartet hätte: Es war der Verwaltungsaktuar Peter Billmann, heute würde man sagen, der zweite Mann nach dem Oberamtmann. Eine Zeitung, die überaus konservative Ulmer Chronik, berichtete über den gesamten Vorfall und wie er ausging: Kaum hatte das Volk den Namen gehört, war seine Lynchwut besänftigt. Innerhalb einer halben Stunde versammelte sich jetzt auch die Bürgerwehr und alles artete in einem fröhlichen Volksfest aus.

Später versuchten Forster und seine Anhänger, die Ulmer Chronik wegen ihrer – wie sie sagten – diffamierenden Berichtserstattung zu verklagen und hier besonders den politischen Redakteur Dr. Elser. Die Sache kam auch im Gmünder Stadtrat zur Sprache: Schultheißenamtsverweser Kohn entzog sich der Sitzung, angeblich weil er krank, tatsächlich aber, „weil ihm die ganze Sache und der vermutliche Verlauf der Verhandlung unangenehm war". (O. Graf, Revolution S. 45). Der Stadtrat verhinderte mit Stimmenmehrheit, sich der Klage anzuschließen. So unternahm es dann eine Bürgerversammlung unter der Führung von Roell (Gmünder Bürgerwehr) eine Verleumdungsklage gegen die Ulmer Kronik und ihren politischen Redakteur Dr. Elser einzureichen. 2½ Jahre nach der Affäre Keller wurde in Stuttgart entschieden, daß der angeklagte Dr. Elser freizusprechen und die Kosten des gesamten Verfahrens von der Gmünder Bürgerwehr zu tragen seien. Die Urteilsbegründung ging davon aus, daß in der fraglichen Nacht und am Tag des 13./14. Juni 1849 in Gmünd Anarchie geherrscht habe und die Behörden nicht in der Lage gewesen seien, die öffentliche Ordnung

aufrechtzuerhalten. Schuld daran sei eben auch Forster, wie es die Ulmer Chronik geschrieben hätte, und deshalb sei an der Berichterstattung nichts zu monieren. Die Bürgerwehr, die 2½ Jahre nach diesem Vorfall längst nicht mehr tätig war, verkaufte bald darauf Teile ihrer Ausrüstung, um überhaupt die Gerichtskosten bezahlen zu können (Richard Storr: Federhüte, Säbel und Musketen. Bürgermilitär im Oberamt Gmünd im 19. Jahrhundert, 1988). Oberamtmann Liebherr versetzte man in dieselbe Position nach Ehingen, weil ihm im Urteil der Vorwurf gemacht wurde, er habe nicht für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe garantieren können.

Am 1. Juli 1849 erschien ein Gesetz betreffend die Einberufung einer Versammlung von Volksvertretern zu Beratungen einer Revision der bestehenden Verfassung. Auf den 19. Juli 1849 wurde von der „Volkspartei" – dieser Name erscheint nun zum ersten Mal – eine Wählerversammlung nach Göppingen einberufen, zu der alle Volksvereine Vertreter sandten und auf der ein gemeinsames Wahlprogramm verabredet wurde. Am 22. Juli tagte dann die Sektion des Volksvereins in Gmünd. Die allgemeine Tendenz lautete: „Wählt keinen Geistlichen, wählt keinen Beamten." Am selben Tag hielt ostentativ Karl Bestlin, Pfarrer in Straßdorf, der konservative Gegenkandidat zu Forster, seine erste Wahlversammlung auf dem Rechberg ab. (Karl Bestlin, geb. 1804 in Ellwangen, Priesterweihe 1829, 1835 bis 1842 Pfarrer in Ottenbach, 1842 bis 1849 Pfarrer in Straßdorf, 1849 bis 1859 Stadtpfarrer in Weil der Stadt, 1875 bis 1879 Pfarrer in Steinhausen/Kreis Biberach, gest. 1879, Herausgeber zahlreicher religiöser Schriften). Bezeichnenderweise war die geschmückte Rednertribüne am dortigen Pfarrhaus angebracht. Auch sein Slogan war einfach: Zurück zur konstitutionellen Monarchie! und sein Schlußwort identisch mit dem seines Kontrahenten Forster: „Gott segne das Vaterland".

Die Wahl fand am 1. August 1849 statt. In ganz Württemberg lag die Wahlbeteiligung bei lediglich 50 Prozent. Eduard Forster erhielt 1368, Pfarrer Bestlin 759 Stimmen. Das war eindeutig: Forster interpretierte den Ausgang der Wahl denn auch als Sieg der republikanischen Sache, er forderte noch einmal bei einem großen Fest in Gmünd nachdrücklich die deutsche Einheit und die Republik.

Der König bestimmt den Schultheißen für Gmünd

Jetzt – nach dieser Kampagne – kam auch wieder die noch ausstehende Wahl des Stadtschultheißen in Fluß, die noch nach dem demokratischen neuen Wahlrecht vom Juli 1849 – die Stimmzettel mußten nicht mehr unterschrieben werden und somit war die Wahl dann auch wirklich anonym – durchgeführt wurde. Kandidaten waren der Schultheißenverweser Wilhelm August Gottlieb Kohn, (geb. 1815 in Stuttgart, Verwaltungsaktuar in Gmünd, 1849 bis 1877 Stadtschultheiß), der Kirchen- und Schulpfleger Wilhelm Müleisen, Sohn des früheren Stadtschultheißen Dr. Georg Müleisen, und der bis 1848 amtierende Schultheiß Dr. Franz Josef Steinhäuser. Es war eine zersplitterte Wahl: Steinhäuser lag mit 371 Stimmen an erster Stelle, Mühleisen mit 300 an zweiter, Kohn mit 179 an dritter Stelle, und der nichtgesetzte Stadtpfleger Hahn erhielt aus dem Stand 150 Stimmen. Da keiner der Kandidaten 2/3 der Gesamtstimmen erreichen konnte, hatte nach der Wahlordnung die Regierung freie Hand. Eine Neuwahl wurde angesetzt. Schließlich traten – nach einigem Hin und Her – die drei Kandidaten Steinhäuser, Mühleisen und Kohn wieder an. Die Ausfälle gegen Steinhäuser – auch in der Presse – und gegen sein Wirken als Schultheiß bis März 1848 – waren alles andere als fair. Aber auch aus diesem zweiten Wahlgang ging Steinhäuser als Sieger hervor, Mühleisen kam an zweiter und Kohn an dritter Stelle.

Nochmals hatte keiner der Kandidaten die nötige 2/3-Mehrheit gewonnen. Der König be-

stimmte deshalb am 13. Dezember 1849 selbstherrlich, daß Kohn – also der dritte Gewinner – zum neuen Stadtvorstand zu bestimmen sei. Kohn, der evangelisch war und 1815 als Sohn des Haushofmeister beim Kronprinzen geboren wurde, hatte offensichtlich die besseren Verbindungen zum Hof. Er ist bis zu seinem Tod im Jahr 1877 Stadtvorstand von Gmünd geblieben.

Noch im Dezember mußte das liberale württembergische Kabinett Römer zurücktreten: Der Wind der Reaktion wurde spürbar. In Gmünd strich man Forster aus der „Geschworenenliste", ein Indiz dafür, daß man ihn langsam politisch kaltstellen wollte. Dazu kam ein häßlicher Dauerstreit zwischen Buhl und dem Remstalredakteur Josef Keller: Keller – so behauptete Buhl – sei nichts weiter als ein Spion der Reaktion und ein erbärmlicher Verleumder; der wiederum zog gegen die republikanische Seuche der Forsters und Buhls zu Felde.

In dieser vergifteten Situation ging man nun in den Wahlkampf für die neue Landesversammlung am 19. und 20. Februar. Als Gegenkandidat zu Forster wurde von den Konservativen und gemäßigt Liberalen des neuen vaterländischen Vereins der Mohrenwirt Franz Josef Eisele aufgestellt. Sein Programm, wie bei allen Konservativen, war der Aufruf konstitutionell-monarchistisch zu wählen, da zum jetzigen Zeitpunkt die Frankfurter Reichsverfassung nicht mehr durchzusetzen sei und ihr Programm folgerichtig zur Anarchie führen müsse. Dagegen forderte natürlich Forster in seinem „Märzspiegel" ein freies und geeintes republikanisches Deutschland, ein Deutschland der Menschen und nicht eines der Fürsten. Besonders pikierte ihn und seine Anhängerschaft, daß ausgerechnet der Verwaltungsaktuar Billmann zum Wahlkommissar für die Stadt Gmünd bestimmt wurde, eben dieser Billmann, der der „Auslöser" der denkwürdigen Gmünder „Juni-Revolution" von 1849 gewesen war.

In der Wahl siegte wiederum Forster mit 1396 Stimmen gegen 1050 von Eisele. Man sieht: Der Abstand zwischen Forster und seinen jeweils konservativ-liberalen Herausforderern wurde von Wahl zur Wahl augenscheinlich immer kleiner. Inzwischen hatte sich auch die Gmünder Waffenfabrik im Oktober 1849 mehr oder weniger selbst aufgelöst: Die fertigen bzw. halbfertigen Waren mußten verkauft werden, Oberst Stadlinger, Kommandant des 5. Infanterieregimentes, den man noch zum „Landesobersten aller Bürgerwehren" ernannt hatte, brauchte sein Amt gar nicht mehr antreten. (Da er aus Gmünd stammte, nannte man ihn in ganz Württemberg den „Landesnaze").

Am 15. März 1850 wurde die zweite verfassungsberatende Landesversammlung vom König persönlich eröffnet, aber bereits am 3. Juli wegen angeblicher Ineffizienz aufgelöst und nach Hause geschickt.

Die geplante Verbrüderung mit dem Militär artet in eine Schlägerei aus

Gespannt war schon seit einiger Zeit das Verhältnis Militär-Bürgerschaft in Schwäbisch Gmünd und hier besonders der Forster- und Buhlsche Anhang und sein Verhältnis zu den höheren Chargen des Militärs. Bei der Vorbereitung zur 3. Landesversammlungswahl ereignete sich dann im Juli 1850 ein Zwischenfall, der noch einmal die Gemüter erhitzte. Die Ereignisse wurden je nach Standpunkt kontrovers erklärt, aber soviel scheint klar zu sein: Anscheinend wollte Buhl eine Verbrüderung mit den Mannschaften des Militär in seinem Haus auf dem Hohlenstein, heute Nepperberg 4, herbeiführen, um das Militär insgesamt zu „demokratisieren". Dabei kam es sowohl auf dem Hohlenstein als auch in der Stadt zu Schlägereien zwischen Militär und Zivilisten, wobei nicht ganz geklärt werden konnte, ob Buhl bei diesen Schlägereien, die auch in der Bocksgasse stattfanden, beteiligt gewesen war. Jedenfalls steckte man ihn 14 Tage ins Gefängnis, bis er seine Unschuld beweisen bzw. man ihm nichts nachweisen konnte.

Die dritte Wahl dieses Jahres zur schon genannten 3. Landesversammlung fand dann am 20. und 21. September 1850 in Schwäbisch Gmünd wie gesagt in gespannter Atmosphäre statt. Als Gegenkandidat hatten die Konservativen und Gemäßigt-Liberalen den Kaufmann Adolf Köhler aufgestellt, einen Mann, der bisher in der Politik noch nicht aufgefallen war. (Adolf Köhler, geb. 1810 als Sohn des Kaufmanns Michael Köhler am Marktplatz 4, gest. 1871). Der Wahlausgang war denn auch denkbar knapp: Forster bekam nur 151 Stimmen mehr als Köhler und das bei einer mageren Wahlbeteiligung von gerade einmal 44 Prozent. Von 4098 Stimmberechtigten waren lediglich 1697 zur Wahl gegangen, an manchen Orten im Oberamt zählte man nicht mehr als fünf oder sechs Wähler.

Die am 4. Oktober 1850 eröffnete verfassungsberatende dritte Landesversammlung wurde ebenfalls schon am 6. November aufgelöst und durch einen ständischen Ausschuß vorübergehend ersetzt. Bei den auf den 24. und 25. April 1851 ausgeschriebenen Neuwahlen verzichtete Forster auf eine erneute Kandidatur: Er war – in Folge der jetzt einsetzenden Reaktion – im Februar 1851 vom Schwurgericht Ludwigsburg zu einer zweimonatigen Festungshaft auf dem Asperg verurteilt worden, weil er im Mai 1849 angeblich in Stuttgart Soldaten zum Ungehorsam und zur Rebellion („man solle die badischen Aufständischen unterstützen“) aufgefordert hatte. Als seinen Nachfolger empfahl Forster seiner Wählerschaft Johannes Buhl: „Ich ersuche alle diejenigen, welche mir seither ihr Vertrauen bewahrten, dasselbe auf Buhl zu übertragen und diesem in der bevorstehenden Wahl ihre Stimme zu geben. Buhl wird, ich bin überzeugt, das Wohl und die Rechte des Volkes mit derselben Treue und Beharrlichkeit verteidigen und zu wahren suchen, wie dies bisher von mir geschehen ist.“ Gegenkandidat der konservativen Seite wird der Ökonom und Stadtrat Nikolaus Wolff, der Schwiegersohn des einst in Gmünd so beliebten Oberamtsarztes Dr. Kehringer. Es gelang ihm, Buhl zu schlagen: Nikolaus Wolff (Ökonom und Tuchmacher, geb. 1789 in Weilderstadt als Sohn des Salomon Wolf und der Katharina Riehle, heiratete 1819 in Gmünd Maximiliana, die Tochter des Dr. Ignaz Kehringer, starb 1871. Mitglied des Gmünder Gemeinderats) erhielt 450 Stimmen, Johannes Buhl lediglich 140, der Wachszieher Alexander Herlikofer (geb. 1807 als Sohn des Stadtpflegers Anton Herlikofer, gest. 1863) 31 Stimmen.

Die nach altem Wahlrecht gewählte Ständeversammlung in Stuttgart wurde am 6. Mai 1851 eröffnet und bedeutete einen Schritt nach rückwärts. „Die Thronrede forderte dringend auf, alles zu vermeiden, was die besseren Kräfte in nutzlosem Kampfe aufreibe und sich zu vereinigen über das, was dem Volke wirklich frommt und für das Land einen Zustand ruhiger Entwicklung herbeizuführen vermag. . . Die Reaktion war im Gang. Der Abgeordnete Dekan Kapff von Leonberg, das Haupt des württembergischen Pietismus, sprach zu Beginn der 2. Sitzung ein Gebet. Sein Antrag, künftig jede Sitzung, wie dies in England und Nordamerika der Fall sei, mit einem Gebet zu eröffnen, abwechselnd von einem katholischen und einem evangelischen Geistlichen gesprochen, wurde angenommen. . .“ (Graf, Revolution 56). Im August 1851 besuchte Minister von Linden die Oberamtsstadt Schwäbisch Gmünd. Es ist bezeichnend für den jetzt herrschenden Ton, daß in einer Amtsversammlung, in der alle ihre Beschwerden vortragen konnten, die ganze Versammlung sich für die Abstellung der allgemeinen „Sitten- und Zügellosigkeit“ aussprach und für die Jugend die Wiedereinführung der Prügelstrafe forderte. Während der liberale „Märzspiegel“ natürlich eine andere Auffassung vertrat, unterstützte der Remstalbote voll diese Forderungen in einem nicht zufällig mit dem Titel „Reaktion“ überschriebenen Artikel im Jahre 1851 (vgl. Graf, Revolution 57). Im übrigen ging man jetzt mehr und mehr den Hauptsympathisanten und Trägern der 48er-Idee ans Leder: Und das waren in erster Linie die damaligen Lehrer. Im August 1850 wurden sie pauschal von ihrem Kultusminister aufgefordert, ihre revolutionären Umtriebe aufzugeben, „denn es sei notorische Tatsache, daß wie in anderen deutschen und au-

ßerdeutschen Ländern, so namentlich auch in Württemberg viele Mitglieder des Schulstandes eine hervorstechende Rolle gespielt und an Unternehmungen zum Umsturz der bestehenden Regierung, teilweise sogar als Führer und Anstifter, sich beteiligt haben" (Graf,Revolution 58).

„Desch isch au onser König"

Der Rest der Geschichte der Gmünder Revolution von 1848/49 ist schnell erzählt: Buhl durfte seinen Turnunterricht, den er um 1840 an der Gmünder Latein- und Realschule eingeführt hatte, nicht mehr weiterführen. Beim „Schwarzochsenwirt" Burr in der Kappelgasse trank man deswegen weiterhin aufreizend für die „Reaktion" sein „Demokratenbier" – für 6 Kreuzer. Forster wurde verurteilt, Scholl – wir werden es noch hören – nach einer Weile zwangsversetzt. Der Katholische Kirchenkonvent in Gmünd beschloß, daß diejenigen, die an Feiertagen während des Gottesdienstes zechend in Wirtschaften angetroffen würden, mit dem Wirt eine Strafe von je 30 Kreuzer zu bezahlen hätten, eine Strafandrohung, die frappant an die Zeiten vor der Französischen Revolution erinnerte.

Die Animosität zwischen beiden Lagern hielt noch einige Jahre an: Als der König am 21. September 1852 zur Besichtigung der reitenden Artillerie nach Gmünd kam, „wurde er unter dem Geläute der Glocken von den Behörden empfangen. Die Schulkinder begrüßten ihn durch Überreichung eines Gedichts und mit Gesang. Eine große Masse von Menschen hatte sich vor der Stadt aufgestellt, denn alles war begierig, seinen König zu sehen. . . Am Anfang der Bocksgasse sowie am Ende des Marktplatzes und am Schmiedtor waren Ehrenpforten errichtet. Sie prangten mit Inschriften und Fahnen. Die Häuser an den Straßen, durch die der Zug ging, waren geschmückt" (Graf, Revolution S. 60). Der König selbst gab sich dem Volke gegenüber huldvoll, obwohl er in einer Kabinettsordre aus dem Jahr 1849 die Gmünder noch als „Wühler" und politisch unberechenbar eingestuft hatte. Das war anscheinend noch nicht überall vergessen und deswegen schmückten auch nicht alle zum Staatsbesuch: In der Bocksgasse Nr. 29 verzichtete der Kaufmann Seybold demonstrativ auf eine Ausschmükkung seines Hauses und auch der alte Kämpe Buhl soll noch einmal der revolutionäre Hafer gestochen haben: Er stellte angeblich eine Tafel auf die Straße vor seinem Haus, auf der zu lesen stand: „Es darf bei mir kein Mann (nämlich Militär) ins Haus, drum häng ich auch kein Kranz hinaus" und stellte so sein gespanntes Verhältnis bzw. Nichtverhältnis zum Gmünder Militär zur Schau, das seinen Laden schon einige Zeit boykottierte. Und – so will es die Fama – beim Buchdrucker Ils, dem Verleger des revolutionären Märzspiegels, der im übrigen im Juni 1851 sein Erscheinen einstellte, und den man wegen Beleidigung auch für einige Tage eingesperrt hatte, soll während des Zuges einer in Hemdsärmeln und einer roten Kommunistenkappe gesehen worden sein. Aber die meisten, auch ehemalige Republikaner, wollten den König sehen: „Desch isch au onser König" (Graf: Revolution 60).
Was geschah nun mit den bedeutendsten Exponenten und Republikanern der 48er- Revolution im Gmünder Raum?

1.) Gustav Gottlob Scholl , z. Zt. der 48er Revolution Pfarrer in Alfdorf

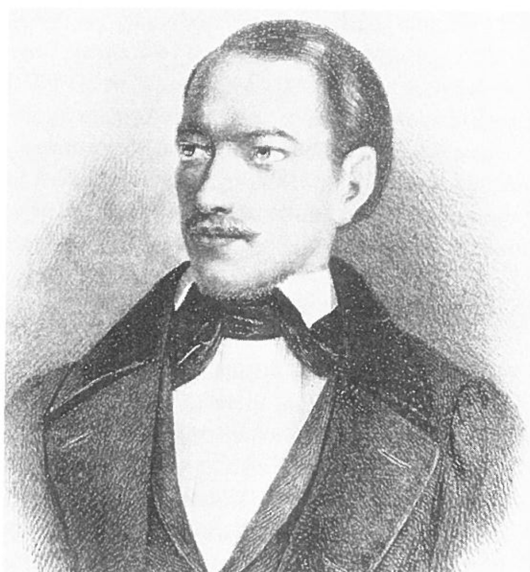
Geb. 1794 in Marbach als Sohn des Arztes Carl Friedrich Scholl. In seine Jugendzeit fielen die Befreiungskriege gegen Napoleon; als Student forderte Scholl die Bildung eines geeinten Deutschlands und wandte sich gegen die Unterdrückung im Metternichschen System. Er heiratete 1836 in Lorch Marieluise Hiller, die Tochter des dortigen Oberamtsarztes und wurde 1838 Pfarrer in Alfdorf. Hier stellte er sich nach der französischen Februarrevolution

1848 dem neuen Programm zur Verfügung; seine Bundesgenossen wurden Forster und Buhl. Energisch stemmte sich Scholl gegen den Ausschluß Österreichs aus dem neuen geplanten Reich und stellte sich auf die Seite der Linken und einer deutschen Republik. Sein politisches Ziel in seiner näheren Heimat wurde die systematische Gründung von republikanischen Volksvereinen; Scholl hielt Reden gegen das „heillose Bevormundungssystem des Staates, seiner beleidigenden Beamtenhierarchie und Selbstnutz aller Kreise". Am 28. März 1849 erfolgte die offizielle Verkündigung der neuen Reichsverfassung, die die Hauptforderungen des Volkes erfüllte: Am 3. Juni 1849 fand deshalb auch in Gmünd im Hahnenkeller (heute Wäscherei Pfisterer an der Remsstraße) eine große Versammlung von etwa 2000 Gmünder statt, die alle „republikanisch" gesinnt waren (Forderung nach einem Volksheer, allgemeines Wahlrecht, Aufhebung aller Fronen, Abschaffung von Pensionen und Pfründen.): Hauptredner dort war Pfarrer Scholl. Aber die „Reaktion" marschierte schon: Die Nationalversammlung in Frankfurt wurde aufgelöst, die Restversammlung in Stuttgart am 18. Juni 1849 gesprengt („Gegen Demokraten helfen nur Soldaten"). Was geschah mit Scholl, der sich politisch ziemlich weit und dazu noch links aus dem Fenster gelehnt hatte? In Alfdorf konnte Scholl nicht mehr bleiben, also versetzte man ihn nach einer „Schamfrist" im Jahr 1851 als Pfarrer nach Heubach, wo er im August 1863 starb. Die hiesige Gmünder Zeitung, der „Remsthalbote", erwähnte mit keiner Zeile den Tod des Pfarrers und gestandenen „Republikaners".

2.) Johannes Scherr, z. Zt. der 48er-Revolution „Freier Schriftsteller"

Geboren als jüngstes von zehn Kindern, vier Söhnen und sechs Töchtern, am 3. Oktober 1817 in Rechberg-Hinterweiler; sein Vater war Franz Scherr, Schulmeister in Rechberg, und seine Mutter Cäcilie eine geborene Nuding. Die Familie hatte selbst „Tyrannenwillkür" am eigenen Leib erfahren müssen: Die Mutter erzählte, wie König Friedrich von Württemberg (gest. 1816) dem Schulmeister Scherr drei Jagdhunde „in Gratispension" gab, die kostenlos gepflegt werden mußten. Besuch des Untergymnasium in Gmünd 1828 bis 1833; 1834 Eintritt in das theologische Konvikt Ehingen. 1836: Verlassen des Konvikts, Johannes Scherr holte das Abitur nach und studierte von 1837 bis 1840 in Tübingen Geschichte, Philologie und Philosophie, seine Doktorarbeit ging über „Das Lied der Nibelungen"; von 1840 bis 1843 Privatlehrer an der Schule seines Bruders Ignaz in Winterthur; 1843 ging Johannes Scherr als freier Schriftsteller nach Stuttgart und gleich im nächsten Jahr 1844 veröffentlichte er das Buch „Württemberg im Jahr 1844" und ein Jahr später „Das enthüllte Preußen". Zumindest das erste Buch enthielt eine äußerst kritische Abrechnung mit dem sog. Polizeistaat Württemberg; das Buch landete im „Schwarzen Register" der württembergischen Polizei, wurde aber dann angeblich von König Wilhelm I. von Württemberg selbst wieder freigegeben. 1848 stellte sich Scherr sofort auf die Seite der Unzufriedenen, die mit dem Metternichschen System abrechnen wollten. Am 26. März 1848 kam es zu einer Volksversammlung in Göppingen: Scherr forderte in einer feurigen, programmatischen Rede die Abschaffung aller politischen Vorrechte des Adels und die Einberufung einer repräsentativen Volksvertretung. Am nächsten Tag sprach Scherr auch in Stuttgart und initiierte dort die Gründung eines „Demokratischen Vereins": Seine Gegner warfen ihm vor, von da ab Kommunist gewesen zu sein. Im Mai 1848 wurde Scherr mit 31 Jahren zum Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Geislingen gewählt und gehörte von Anfang an zum linken Flügel, also zum republikanischen Flügel, der demokratischen Partei. Scherr lehnte offen die Monarchie ab und sprach bei einer Landtagssitzung folgende Worte: „Offen bekennen wir, daß wir die deutsche Sache nicht mehr bloß mit der abgegriffenen Phrase „Gut und Blut", sondern mit ganz

Dr. Johannes Scherr (1817–1886)



reellem Blei und Pulver unterstützen wollen". Als Mitglied des geheimen Wehrausschußes wirkte er auf eine Verbindung mit den Revolutionären in der Pfalz und in Baden hin: Scherr wurde denunziert und mußte aus Württemberg fliehen. Am 11. August 1849 setzte er sich in einem kleinen Boot über den Bodensee in die Schweiz ab: In Württemberg suchte man ihn mit Steckbrief. Gegen eine Kaution von 800 Franken und der Zusicherung, sich in der Schweiz nicht politisch betätigen zu wollen, erhielt er dort Asyl. Wegen Hochverrat wurde er in Württemberg in Abwesenheit zu 15 Jahren Kerker verurteilt. Seine Frau konnte mit ihren beiden Kindern unbehelligt in die Schweiz zurückkehren, vermutlich weil sie Schweizerin war und Württemberg keine Komplikationen mit der Eidgenossenschaft haben wollte. Scherr starb am 21. November 1886 in Zürich, wo er seit 1860 als Professor der Geschichte am dortigen Polytechnikum wirkte

3.) Eduard Forster, z. Zt. der 48er-Revolution Fabrikant in Gmünd

Eduard Forster, Kaufmann, geb. 11. Oktober 1811 als Sohn von Dominikus Forster, Vermählung 1838 mit Emilie Erhard, der Schwester von Karl und Julius Erhard. Mit beiden Schwägern ist Eduard Forster in der Turnbewegung von Johann Buhl in Gmünd tätig. Zeit seines Lebens unterhält er freundschaftliche Beziehungen zu Buhl und ist mit ihm der „Motor der republikanischen Partei" in Schwäbisch Gmünd. Forster leitete die Silberwarenfabrik Forster und Wagner und die Handelsfirma Kott. Im Jahr 1848 stand er in vorderster Front der Bürgerbewegung in Gmünd: Er kämpfte für Pressefreiheit, Bürgerbewaffnung und eine gesamtdeutsche Volksvertretung. Zeitweise war er Amtsverweser für den „fortgejagten" Stadtschultheißen Steinhäuser. Forster machte in den Jahren 1848/49 eine Wandlung vom gemäßigten Monarchisten zum Republikaner durch und wurde in die erste verfassungsgebende Landesversammlung im Frühjahr 1848 sowie am 21. September 1850 in die zweite als Abgeordneter gewählt; Ende des Jahres 1850 verurteilte man ihn wegen Aufwiegelung von Soldaten in Stuttgart zu einer Zuchthausstrafe auf dem Asperg; er gehörte bis zu seinem Tod 1872 dem Gmünder Gemeinderat an. Wie er zur Reichseinigung 1870 gestanden hat, ist

nicht bekannt. Aufschlußreich jedenfalls ist der Artikel in der Remszeitung vom 20. Oktober 1872, der über seine Beerdigung berichtete. Dort wird er lediglich als guter Kaufmann und Familienvater gewürdigt. Auf seine Zeit als Landtagsabgeordneter und als „Speerspitze der republikanischen Ideale“ wird mit keinem Wort eingegangen. Es scheint so, daß man das Wirken des „alten 48er Revolutionär“ in diesen Zeiten des neuen Kaiserreiches vergessen machen wollte. Eine Biographie des Politikers Eduard Forster steht bis heute aus; im übrigen erinnert keine Straße und kein Platz an den wohl größten Politiker Gmünds im 19. Jahrhundert.

4.) Johannes Buhl (1804 bis 1882), z. Zt. der 48er-Revolution Kaufmann in Gmünd

Geb. am 10. Juli 1804 in Beutelsbach als drittes Kind des Lehrers Johannes Buhl; kaufmännische Ausbildung beim Eisenhändler Nopper in Stuttgart; 1829 kam er nach Gmünd, wo er das Gebäude Marktplatz 9 erwarb und ein eigenes Eisenwarengeschäft mit angeschlossener Kolonialwarenabteilung (Zucker, Kaffee, Gewürze, Tabak, Öle) eröffnete. Buhl entwickelte große gesellschaftliche Aktivitäten: 1831 ist er Mitbegründer der „Rettungsgesellschaft in Feuersgefahr“, der Vorläuferin der späteren Feuerwehr, und gründete im Jahr 1844 den Gmünder Turnverein. Mit diesen Turnern bildete er später im Krieg 1870/71 eine Sanitätsabteilung – der Vorläufer des Roten Kreuzes in Gmünd – und fuhr selbst viermal nach Frankreich, um Verwundete in das hiesige Lazarett zu bringen. Von 1848 bis zu seinem Tod 1882 war Buhl angesehener Gemeinderat. Bei der Wahl zur dritten Landesversammlung 1850 unterlag er seinem konservativen Mitbewerber; Buhl war neben Forster der politische Kopf der 48er-Revolution in Gmünd und wie sein Freund Forster überzeugter und manchmal auch rabiater Republikaner. Auch bei seinem Tod erschien in der Remszeitung zwar eine Würdigung seines Wirkens als Begründer der Feuerwehr und des Turnwesen in Schwäbisch Gmünd, wie aber bei seinem Freund Forster kein Wort über sein Wirken in den Revolutionsjahren 1848 bis 1850. Durch sein großes Engagement in den beiden damals großen Gmünder Vereinen – Turner und Feuerwehr – ist sein Name bis heute bekannt geblieben. Das Buhlgässle am Marktplatz trägt immerhin seinen Namen. Aber Buhl – der Politiker und ungestüme Revolutionär von 1848 – ist heute ebenfalls vergessen.

Literaturauswahl:

O. Graf: Schwäbisch Gmünd und die Revolution 1848. Stadtarchiv Gmünd 1970; M. Blessing: Die deutsche Revolution von 1848/49 im Spiegel der Gmünder Presse. Zulassungsarbeit PH Schwäbisch Gmünd 1969, maschinenschriftlich; K. Seidel: Schwäbisch Gmünd im 19. Jahrhundert. In: Geschichte der Stadt Schwäbisch Gmünd. Hg. vom Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd. Stuttgart 1984, S. 307–365; K. J. Herrmann/M. Schwarz: Neuerwerbungen im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd. Einhorn Jahrbuch 1985, S. 30; P. Spranger: Schwäbisch Gmünd. Die gescheiterte Revolution von 1848/49. In: P. Spranger/G. Kolb: Zeugen ihrer Zeit. Schwäbisch Gmünd-Lorch-Heubach. Schwäbisch Gmünd 1987, 151–158; K. J. Herrmann/J. Schuhladen-Krämer: Schwäbisch Gmünd. In: Revolution im Südwesten. Stätten der Demokratiebewegung 1848/49 in Baden-Württemberg, Karlsruhe 1997, S. 551–555; „. . bis es ein freies Volk geworden. . .“ 1848/49 Revolution. Heft 35/November 1997. Landeszentrale für politische Bildung; K. Weller/A. Weller: Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum Stuttgart/Aalen 1971; A. Deibele: Gustav Gottlob Scholl – Stadtpfarrer von Heubach von 1851 bis 1863. Stauferland Nr. 10, 1971; J. Schnaas: Gustav Gottlob Scholl – Revolutionär und Wegbereiter. RZ Nr. 12 (1998) S. 17; R. Storr: Federhüte, Säbel . . . Bürgermilitär im Oberamt Gmünd im 19. Jahrhundert, Schwäbisch Gmünd 1988; K. Blessing: Johannes Scherr als Revolutionär und Demokrat. Heimatforum Nr. 34, 1980; K. Blessing: Der Republikaner Scherr. Heimatforum Nr. 40, 1980; K. Blessing: Scherr als Geschichtsphilosoph. Gedanken eines Republikaners über Demokratie und Monarchie. Heimatforum Nr. 39, 1980; G. Keck: Vater Buhl 1804–1882. einhorn August 1956, Heft 18, S. 139; B. Sieber: Leben und Werk des schwäbischen Turnvaters Johannes Buhl. Diplomarbeit Sporthochschule Köln 1984; H. Ohnewald/K. J. Herrmann: Johannes Buhl, der Vater der Gmünder Feuerwehr und der Turnbewegung. In: H. Ohnewald/K. J. Herrmann: Wenn die Steine reden könnten. . . Schwäbisch Gmünd 1986, 106–108; G. Faigle: Pfarrer Gustav Gottlob Scholl. MS im Stadtarchiv Schwäbisch Gmünd, 1998.

einhorn Jahrbuch
SCHWÄBISCH GMÜND 1998



Einhorn-Verlag Eduard Dietenberger GmbH Schwäbisch Gmünd

einhorn-Jahrbuch Schwäbisch Gmünd
25. Jahrgang / 1998
Herausgegeben von Eduard Dietenberger

Redaktion: Ulrich Stegmaier
Für Anzeigen verantwortlich: Gerhard Nagel
Gesamtherstellung: Einhorn-Druck GmbH Schwäbisch Gmünd

ISSN 0723-0877
ISBN 3-927654-67-1

BILDNACHWEIS

Stadt Schwäbisch Gmünd, Presseamt S. 7, 11, 12, 15, 17, 18, 19, 21, 22, 25, 26, 27, 28
Archiv Einhorn-Verlag S. 10, 39(2), 56, 57, 58, 59, 90, 116, 117, 120, 140, 142(1)
Privat S. 31, 33, 34, 78, 79, 80
Museum für Natur & Stadtkultur S. 37, 41, 42, 43, 44, 45, 46
Stadtarchiv S. 39(1), 82, 84, 85, 86, 88, 109, 110, 112, 113, 114, 123, 133, 134, 135, 170, 173, 179
Hermann Hänle S. 48, 49, 50, 51, 54
Archiv Staatliches Realschulseminar S. 63, 64, 65
Foto Schweizer S. 68, 69, 72, 73
Foto Lutz S. 76
Theo Zanek S. 142(1), 144, 145, 146
Johannes Schüle S. 148
Hermann Kissling S. 149, 151, 154
Aus "Otto Borst, Nellingen" S. 150
Foto Böhm 166
Marinekameradschaft Schwäbisch Gmünd S. 183
Werner K. Mayer S. 186, 187, 188, 189

Umschlagfoto: Das Geigerbrünnele im Stadtgarten, ein Werk des Gmünder Künstlers und Ehrenbürgers Prof. Wilhelm Widemann (1856–1915) aus dem Jahre 1906.
Foto: Eduard Stanzel